

Niederschrift
über die öffentliche Sitzung des Kreistages Friesland am 18.03.2020
im Haus des Gastes, Zum Hafen 3, 26434 Wangerland-Horumersiel

Beginn: 14:30 Uhr

Ende: 15:45 Uhr

Teilnehmer/innen:

Mitglieder

Ambrosy, Sven
Bastrop, Heide
Behrens-Focken, Dieter
Chmielewski, Iko
Eilers, Claus
Esser, Martina (abwesend bei Beschlussfassung der TOP's 6.2.1 bis 6.4.2)
Funke, Karl-Heinz
Gäde, Manfred
Gburreck, Fred
Haesihus, Heiner
Herfel, Bärbel
Homfeldt, Axel
Janßen, Dieter
Just, Janto
Kaiser-Fuchs, Marianne
Kujath, Dörthe
Langer, Walter
Michaelis, Friedhelm
Müller, Alfred
Neugebauer, Axel
Onnen-Lübben, Reinhard
Osterloh, Uwe
Pauluschke, Bernd
Ratzel, Gerhard
Recksiedler, Raimund
Schlieper, Ulrike
Schönbohm, Heiko
Sieckmann, Heinke
Sudholz, Melanie
Tammen, Reiner
Ulfers, Holger
Wilken, Wilhelm
Zerth, Britta
Zerth, Stephan
Zillmer, Dirk

Angehörige der Verwaltung

Dehrendorf, Martin, Dr.
Karmires, Nicola
Pree, Andreas
Vogelbusch, Silke

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Herr Kreistagsvorsitzender Pauluschke eröffnet die Sitzung des Kreistages im Kursaal des Haus des Gastes im wangerländischen Horumersiel und begrüßt hierzu die anwesenden Pressevertreter, Bürgerinnen und Bürger, Vertreter der Kreisverwaltung sowie die Kreistagsmitglieder, die sich bedingt durch die aktuelle Situation und aufgrund der Corona-Schutzmaßnahmen in etwas ungewohnter Form, d.h. mit großem Abstand zueinander zur Kreistagssitzung eingefunden haben.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit

Herr KTV Pauluschke stellt die ordnungsgemäße Ladung und Beschlussfähigkeit fest. Zu dieser Sitzung sind 35 Kreistagsabgeordneten anwesend und die folgenden 8 abwesend:

SPD: Frau Bittner, Frau Bödecker, Herr Lies, Herr Loers, Herr Ramke,
CDU: Herr Kühne, Herr Nieraad, Linke: Frau Wittke (Gr. MMW/Die Linke)

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung

Dem Antrag von Herrn KTA Zillmer zur Absetzung des TOP 6.4.7 von der Tagesordnung wird einstimmig zugestimmt. Die Tagesordnung wird ohne den TOP 6.4.7 einstimmig festgestellt.

Herr KTA Funke meldet sich zu Wort, dass er die Durchführung der Kreistagssitzung am heutigen Tage unter diesen außergewöhnlichen Umständen, die durch die Corona-Schutzmaßnahmen erforderlich seien, für entbehrlich gehalten hätte. Seines Erachtens seien die staatlichen Eingriffe in die persönlichen Bereiche der Bürgerinnen und Bürger zur Vermeidung einer möglichen Ansteckung ein deutliches Zeichen dafür, dass die Kommunalverwaltung hier mit einem guten Beispiel vorangehen solle und eine Sitzung wie die heutige vertage, deren Beschlüsse noch Aufschub dulden würden.

Herr Landrat Ambrosy stellt sich den Ausführungen von Herrn KTA Funke, um an dieser Stelle die neuen Verfügungen zu erklären. Er habe einerseits Verständnis für diese Meinung, aber andererseits müsse die Kommune, der Landkreis, handlungsfähig bleiben. Insbesondere weil seine Vertreter für diesen Zweck gewählt seien und diese Aufgabe im Haupt- /Wahlamt übernommen haben. Aus diesem Grund sei die Durchführung der Sitzung nicht vergleichbar mit sonstigen sozialen Kontakten des Privatbereiches. Das Land habe hierbei absichtlich eine Ausnahme für die Kommunen vorgenommen, um sicherzustellen, dass deren Organe für wichtige zu treffende Beschlüsse, Erlasse, etc., handlungsfähig bleiben. Die heutige Sitzung laufe unter Einhaltung der vorgegebenen präventiven Schutzmaßnahmen ab. Aus der Ungewissheit heraus was die nächste Zeit bringen werde, könne diese Sitzung ggf. sogar vorerst die letzte sein. Die Fraktionsvorsitzenden hätten in ihrer Sitzung am 16.3.2020 alle bis auf einen dem Stattfinden des Kreistages zugestimmt. Er halte es aus diesem Grunde erst recht für die richtige Entscheidung, den Kreistag heute tagen und wichtige Entscheidungen treffen zu lassen. Der Gesetzgeber habe hier eine ganz klare Aufgabe alle gewählten Personen gestellt, die hier ein Mandat erfüllen und diese haben mit einem Vorbild voranzuschreiten und diese gesetzliche Pflicht zu erfüllen. Zudem hänge von den heute zu fassenden Beschlüssen unter anderem ab, dass Vergaben an Handwerksbetriebe schnellstmöglich erteilt werden können, um damit ein Stück weit zum Fortbestand der Betriebe beizutragen und den Auftragnehmern in dieser ungewissen Zeit eine Form von Sicherheit zu signalisieren.

Herr KTA Chmielewski pflichtet den Ausführungen von Landrat Ambrosy bei und hebt hierbei auch die Wichtigkeit der zusätzlichen Beschlüsse hervor, die gerade auch die Handlungsfähigkeit der Gremien sichern sollen. Es wisse niemand, wie es weiter gehen werde und darum sei

es umso wichtiger im heutigen beschlussfähigen Kreistag diese maßgeblichen Beschlüsse zu fassen.

Herr KTA Funke widerstrebe der Vergleich zwischen den derzeit notwendigen Funktionsaufgaben im Verkauf, der Pflege etc. und denen der Mandatsträger des Landkreises, weil diese nicht für die Notversorgung erforderlich seien.

Nach diesen Ausführungen zieht Herr KTV Pauluschke den TOP zur Begrüßung des stellvertretenden Bürgermeisters der Gemeinde Wangerland, Herrn Reiner Tammen vor, der gleichzeitig an der heutigen Sitzung als Kreistagsmitglied teilnehme.

Herr stellvertretender Bürgermeister Tammen heißt alle Anwesenden in der Gemeinde Wangerland herzlich willkommen und berichtet, dass auch im Rathaus ein Ausnahmezustand herrsche, so dass der Bürgermeister vor Ort sei und mit dem Corona-Krisen-Team aktuell tage. Er beziehe sich auf die vorherigen Ausführungen und rege aufgrund der aktuellen Situation an, auch andere Möglichkeiten für die Durchführung von Sitzungen zu prüfen.

TOP 4 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 18. Dezember 2019

Die öffentliche Niederschrift wird einstimmig genehmigt.

TOP 5 Einwohnerfragestunde

Keine Fragen oder Anmerkungen.

Aktueller Bericht des Landrates zur Corona-Krise; Allgemeinverfügung

Herr Landrat Ambrosy berichtet über die aktuelle Lage zur Corona-Krise. Man befinde sich in einer Phase der Prävention. Es liegen derzeit drei bestätigte Corona-Fälle vor. Das sei eine stabile Zahl, die eines Berichtes wert sei, da anderswo in Niedersachsen die Zahlen steigen würden. Wie es sich in Friesland verhalte, werde sich zeigen. Es sei am Freitag, 13.3.2020 entschieden worden, dass die Schulen und die Kindergärten weiterhin geschlossen bleiben. Am Montag, 16.3.2020 sei zudem in jeder Stadt und Gemeinde eine Notbetreuung für die Kinder berechtigter Personen eingerichtet worden. Für diese hervorragende Leistung richtet Herr Landrat Ambrosy ausdrücklich seinen Dank an alle Kommunen in Friesland. Die Bürgermeister und der Stab des Landkreises seien sich einig darüber, dass bereits am Freitag Handlungsbedarf bestehe, denn die meisten Verfügungen vom 17.3.2020, würden bereits seit Samstag in Friesland gelten. Das habe schon sehr früh, früher als anderswo, zur Beschränkung der sozialen Kontakte beigetragen. Er sage noch einmal ganz deutlich, dass das Corona-Virus nach dem heutigen Stand und durch die getroffenen Maßnahmen bei den drei bestätigten Corona-Fällen, nicht frei zirkuliere. Ohne diese wichtige Information wäre die Durchführung der heutigen Sitzung sicherlich anders bewertet worden, so der Landrat.

Es seien mehrere Maßnahmen, insbesondere in den Krankenhäusern zur Einschränkung des Besuchsrechtes, veranlasst worden. In den friesländischen Krankenhäusern sei jedoch für besondere Situationen, wie das Verscheiden eines Familienangehörigen, eine Ausnahmeregelung möglich. Von vermeidbaren Besuchen müsse jedoch abgesehen werden. Heute Morgen habe das Land Niedersachsen eine Allgemeinverfügung angewiesen, die in enger Abstimmung mit den Stäben der Stadt Wilhelmshaven und der Landkreise Wittmund und Friesland erarbeitet worden sei. In erster Linie würden Maßnahmen, die nicht einen Landkreis/die kreisfreie Stadt allein betreffen würden, gemeinsam entschieden und umgesetzt. In der Allgemeinverfügung, die morgen veröffentlicht werde, sei das Betreiben von Beherbergungsstätten und vergleichbaren Angeboten, alle Touristischen Reisen und Übernachtungen unter-

sagt. Was das für unseren Landkreis Friesland bedeute, jetzt wo der Tourismus als Wirtschaftsfaktor Nr. 1 bedingt durch die Corona-Präventionsmaßnahmen und dadurch auch der Reiseverkehr zu unserer Insel Wangerooge zum Erliegen gekommen sei, bedürfe keiner weiteren Worte. Die Wirtschaftsförderung sei bereits mit den hiesigen Banken auf der Suche nach Lösungen und habe hierfür auch schon Kontakt zu den Wirtschaftsministerien von Land und Bund aufgenommen. Die Nutzung von Zweitwohnungen sei bereits für die Inseln untersagt, für die Nutzung auf dem friesischen Festland gelte dies gleichfalls. Hierzu seien im besonderen Fall, wie beruflicher, partnerschaftlicher oder familiärer Gründe, Ausnahmen zulässig.

Für die Restaurants, Speisegaststätten und Mensen seien spezielle Regelungen erlassen, auf die sich die Gesundheitsämter in Friesland, Wittmund und Wilhelmshaven geeinigt haben. Einrichtungen für behinderte Menschen, wie Werkstätten/Tagesförderstätten sowie vergleichbare ambulante bzw. teilstationäre Angebote der Eingliederungshilfe, dürfen von den betroffenen Personengruppen, der dort beschäftigten und betreuten Menschen, nicht genutzt werden. Es werde um Kenntnisnahme des Erlasses der Allgemeinverfügung und der damit einhergehenden speziellen Regelungen gebeten, so der Landrat.

Herr Landrat Ambrosy richtet zudem seinen Appell an die Bürgerinnen und Bürger, sie mögen sich ihre Ruhe und Besonnenheit bewahren.

Seine Bitte an alle, die sich im Landkreis Friesland aufhalten, noch aufhalten dürfen, den Anweisungen der Behörden Folge zu leisten.

Seinen außerordentlichen Dank richte er an die Städte und Gemeinden, die in ihrer Zuständigkeit alles daransetzen würden, die notwendigen Maßnahmen umzusetzen.

Ebenso gelte ein großer Dank seinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, insbesondere dem Gesundheitsamt, die allesamt ihre Arbeit unter Hochdruck verrichten würden und das auch außerhalb der normalen Bürozeiten.

Bei der friesländischen Bevölkerung und ihren Gästen bedanke er sich für das Verständnis und die Mitarbeit.

Dem Kreistag spreche er ebenfalls seinen Dank für die Unterstützung aus, der in diesem Zusammenhang heute maßgebliche Beschlüsse fassen werde.

Anm.:

Die Allgemeinverfügung vom 18.3.2020 sowie nachfolgende Allgemeinverfügungen wurden den Kreistagsabgeordneten jeweils zur Verfügung gestellt.

TOP 6 Öffentliche Berichte und Vorlagen

TOP 6.1 - aus dem Kreisausschuss vom 15. Januar 2020

- keine -

TOP 6.2 - aus dem Kreisausschuss vom 5. Februar 2020

TOP 6.2.1 **Neuwahl der ehrenamtlichen Richterinnen und Richter am Verwaltungsgericht Oldenburg; a) Benennung einer/eines Wahlbevollmächtigten und ihres/seines Vertreters für die Versammlung der Wahlbevollmächtigten b) Benennung einer Vertrauensperson und einer/eines Vertreters für den Wahlausschuss; Vorlage: 0863/2020**

Beschluss:

a)

Frau Anne Bödecker, Schortens, Klein-Ostierner-Weg 82, wird zur **Wahlbevollmächtigten**, **Frau Heide Bastrop**, Schortens, Peter-Grave-Straße 10, zur **stellvertretenden Wahlbevollmächtigten** für die Versammlung der Wahlbevollmächtigten gewählt.

b)

Herr Fred Gburreck, Zetel, Astede 9 a, wird als **Vertrauensperson**, **Frau Melanie Sudholz**, Schortens, Mühlenweg 5 a, als **stellv. Vertrauensperson** für den Wahlausschuss vorgeschlagen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Anm.: Frau KTA Esser ist zu diesem TOP abwesend.

TOP 6.2.2 **1. Kauf eines Grundstücks für den geplanten Neubau einer Kindertagesstätte auf Wangerooge und 2. Grundsatzbeschluss über die Errichtung von 2 bis 3 Personalwohnungen im 1. Obergeschoss der geplanten Kindertagesstätte; Vorlage: 0878/2020**

Beschluss:

1. Dem Kauf eines ca. 990 qm großen Teilgrundstücks Charlottenstraße 37, 26486 Wangerooge, zur beabsichtigten Errichtung einer Kindertagesstätte wird zugestimmt.
2. Der außerplanmäßigen Ausgabe von 108.000 Euro (einschl. der Kaufnebenkosten) wird zugestimmt. Die Deckung ist durch Umschichtung von der Haushaltsermächtigung für den Bau der vorgesehenen Kindertagesstätte gewährleistet.
3. Grundsätzlich wird bei dem vorgesehenen Neubau einer Kindertagesstätte Wangerooge zusätzlich ein Obergeschoss mit zwei bis drei Personalwohnungen errichtet.

Anm.:

Im Sinne des Beratungsverlaufes sollte im weiteren Verlauf des Verfahrens von einer Zweckbindung der Wohnungen für Personalnutzung abgesehen werden.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	32
Enthaltung:	1

= einstimmig bei 1 Enthaltung

Frau KTA Bastrop hat an der Beratung und Beschlussfassung nicht teilgenommen. Frau KTA Esser ist zu diesem TOP abwesend.

TOP 6.3 - aus dem Kreisausschuss vom 26. Februar 2020

TOP 6.3.1 Antrag der Gruppe SPD/GRÜNE/FDP vom 27.01.2020 zur Verwendung der erhöhten EWE-Ausschüttung (WTKF 17.02.); Vorlage: 0886/2020

Herr KTA Zillmer teilt mit, dass die CDU-Fraktion sich bei dem Beschluss zu 1. enthalte, da die CDU sich für eine andere Verwendung/Aufteilung, wie schon im WTKF beantragt, ausgesprochen habe.

Beschluss:

1. Antrag der Gruppe SPD/GRÜNE/FDP:

Der Betriebskostenzuschuss für die Kindertagesstätten in den Städten und Gemeinden soll zunächst für das Kindergartenjahr 2020/21 um 50 Prozent, das sind **ca. 1 Million Euro**, erhöht werden.

Das im Kindergartenjahr 2019/20 erstmals angewandte Berechnungsmodell soll fortgesetzt werden, indem die dort genannten Pro-Kind-Beträge um 50 % erhöht (und dann noch einmal sinnvoll gerundet) werden.

Die Finanzierung dieser zusätzlichen Ausgabe soll aus der um gut 2 Millionen Euro höher als im Haushalt eingeplant ausfallenden Ausschüttung des EWE-Verbandes geleistet werden.

2. Weiterer Antrag von KTA Pauluschke namens der Gruppe SPD/Grüne/FDP:

Unterstützung der Inselgemeinde Wangerooge durch den Landkreis Friesland nach Feststellung der erforderlichen Kosten für Maßnahmen der Sandaufschüttung, die aufgrund des Sturmes „Sabine“ und sonstigen Umwelteinflüssen notwendig geworden sind, vorbehaltlich der Kostenbeteiligung durch das Land Niedersachsen.

Abstimmungsergebnisse:

Zu 1.

einstimmig bei 8 Enthaltungen

Zu 2.

einstimmig

TOP 6.3.2 Jahresabschluss 2018 der Gesellschaft zur Förderung der Ansiedlung von Unternehmen im Landkreis Friesland mbH (GzF); Verlustausgleich für das Wirtschaftsjahr 2018 (WTKF 17.02.) Vorlage: 0889/2020

Beschluss:

Der Gesellschaft zur Förderung der Ansiedlung von Unternehmen im Landkreis Friesland mbH wird ein Zuschuss als Ausgleich für den im Jahr 2018 entstandenen Verlust in Höhe von 33.495,03 Euro gewährt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**TOP 6.3.3 Klimafonds des Landkreises Friesland (UmwA 18.02.)
Vorlage: 0873/2020**

Beschluss:

Die Ausführungen werden zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

TOP 6.3.4 Sommerkampagne "Solar Impulsberatung" für Privatpersonen der KEAN (UmwA 18.02.); Vorlage: 0874/2020

Beschluss:

1. Die Kampagne Solar-Check/ Solar-Impulsberatung in Kooperation mit der Verbraucherzentrale Niedersachsen und der Klimaschutz- und Energieagentur Niedersachsen wird für den Landkreis Friesland durchgeführt.
2. Für die ersten 50 Beratungen wird der Eigenanteil der Beratung (30 €) der Privatperson vom Landkreis Friesland getragen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

TOP 6.3.5 Allianz für Entwicklung und Klima des Bundesentwicklungsministeriums; Beitritt des Landkreises Friesland als Unterstützer (UmwA 18.02.)

Beschluss:

Dem Beitritt des Landkreises Friesland als Unterstützer der Allianz für Entwicklung und Klima des Bundesentwicklungsministeriums und der Unterzeichnung der Mitmacherklärung wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	18
Nein:	4
Enthaltung:	12

= mehrheitlich zugestimmt bei 12 Enthaltungen

Anm.: Frau KTA Esser ist zu diesem TOP abwesend.

TOP 6.4 - aus dem Kreisausschuss vom 11. März 2020

TOP 6.4.1 Änderung der Wahlordnung, Satzung sowie Geschäftsordnung des Jugendparlaments Friesland (JuhIA 27.02.); Vorlage: 0892/2020

Beschluss:

1. Der 1. Satzung zur Änderung der Satzung des Jugendparlaments Friesland wird zugestimmt.
2. Der 1. Änderung der Wahlordnung des Jugendparlaments Friesland wird zugestimmt.
3. Die 1. Änderung der Geschäftsordnung des Jugendparlaments Friesland wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

TOP 6.4.2 Antrag der Gruppe MMW/ Die Linke: Reinerlöse aus Bußgeldern 2020 zu 100 % zur substanziellen Verbesserung der Verkehrssicherheit einsetzen (BauA 10.03.); Vorlage: 0899/2020

Beschluss:

Ungeachtet einer förmlichen Zweckbindung dienen die Einnahmen aus der Verkehrsüberwachung als Erträge im Teilhaushalt Straßenverkehr ausschließlich Maßnahmen der Verkehrssicherheit, eine weitergehende Festlegung erübrigt sich.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig bei 3 Enthaltungen

TOP 6.4.3 Antrag der Gruppe MMW/ Die Linke: Vorschlags-/Prioritätenliste zur qualitativen Weiterentwicklung des Fahrradnetzes („Masterplan qualitative Weiterentwicklung des Fahrradwegenetzes“); BauA 10.03. Vorlage: 0898/2020

Entgegen des Vorschlags der Verwaltung zur Fortschreibung des Masterplans „Radwegeausbau“, der im Jahr 2023 ausläuft, hebt Herr KTA Chmielewski das Ziel seines beantragten Vorhabens noch einmal hervor. Sein Antrag initiiere die Aufstellung eines Masterplans mit der Zielsetzung, die neuralgischen Punkte im Bereich der Fahrradwegentwicklung und -verbesserung, die bislang nicht bekannt seien, zu berücksichtigen. Dieser Masterplan solle für perspektivisch 5 Jahre gelten und lege ein besonderes Augenmerk auf eine qualitative Verbesserung durch Kreuzungsanlagen, Querungshilfen, usw. bei der Radwegeplanung. Dies solle somit eine Nachbesserung zum bereits vorhandenen Masterplan „Ausbau der Fahrradwege“ sein. In einer sog. Prioritätenliste solle die Verwaltung in Zusammenarbeit mit den allg. Fahrradklubs, Agedagruppen und den Gemeinden gezielt die Projekte und Aufgaben erfassen, die in 5 Jahren umsetzbar seien und sich dabei zunächst mit den wichtigsten Maßnahmen zu befassen.

Beschluss:

Der Antrag wird zur Kenntnis genommen. Mit dem Masterplan Kreisstraßen (Fahrbahnen und Radwege) liegt bereits derzeit eine Liste vor, in der auch Maßnahmen zur qualitativen Weiterentwicklung des Radwegenetzes an Kreisstraßen aufgenommen werden. Die Verwaltung wird beauftragt, bei künftigen Fortschreibungen dieses Masterplanes weiterhin entsprechende qualitätsverbessernde Maßnahmen zu berücksichtigen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	32
Nein:	2
Enthaltung:	1

=mehrheitlich zugestimmt

TOP 6.4.4 Klärung der Standortfrage für den Neubau der Heinz-Neukäter-Förderschule (BauA 10.03.); Vorlage: 0895/2020

Beschluss:

Der Neubau für die Heinz-Neukäter-Schule wird unter Einbeziehung von Räumlichkeiten für den außerschulischen Lernort am Standort in Varel, Arngaster Str. errichtet.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

TOP 6.4.5 Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms für den Landkreis Friesland 2020; Satzungsbeschluss; Vorlage: 0910/2020

Herr KTA Zillmer kündigt an, dass die CDU-Fraktion dem Beschluss nicht zustimmen werde. Zunächst richtet er seinen Dank an die Verwaltung für die in weiten Teilen hervorragende Ausarbeitung des RROP, den seine Fraktion, bis auf wenige Ausnahmen, grundsätzlich mittragen könnte. Herr Zillmer erläutert, dass hierbei die Siedlungsproblematik dem entgegenstehe, weil durch das RROP die Planungshoheit der Kommunen durch die Vorgabe von Siedlungszentren stark eingeschränkt sei. Somit sei den Bedürfnissen der Bürgerinnen und Bürger nicht genug Rechnung getragen. Jede Abweichung vom RROP sei von den Kommunen beim Landkreis Friesland zu beantragen und könne nicht in eigener selbständiger Hoheit vorgenommen werden.

Frau KTA Schlieper begrüßt namens der Mehrheitsgruppe das RROP und gibt ihren Zuspruch hierfür kund. Entgegen der Kritik der CDU-Fraktion habe sie die Auffassung, dass die Kommunen mit ihren Anregungen und Bedürfnissen stark bei der Planung eingebunden waren und somit alle Punkte nach Möglichkeit in das RROP aufgenommen und umgesetzt worden seien.

Frau KTA Zerth stimme namens der AfD-Fraktion nicht zu, da das RROP in großen Teilen das Thema „Windkraft“ und insbesondere Repowering-Anlagen beinhalte. Die Abstände der Anlagen seien ihr mit 300 Metern zu gering und ein grundsätzlicher Bedarf an diesen Anlagen sei unlängst gedeckt.

Herr KTA Chmielewski stimmt namens der Gruppe MMW/Die Linke dem RROP zu und hält gerade die Beschränkung des Raumangebotes für die Raum- und Siedlungsstrukturentwicklung für sinnvoll.

Herr KTA Just (Freie Bürger) lehnt das RROP ebenfalls ab und schließt sich hierbei den Ausführungen von Frau KTA Zerth an.

Herr KTA Funke stimmt dem RROP ebenfalls namens der Gruppe Zukunft Varel nicht zu und schließt sich den Ausführungen von KTA Zillmer im Bezug auf das Siedlungsflächenmodell und der damit einhergehenden Einschränkung der Planungshoheit der Kommunen an. Die ländliche Entwicklung in den „Dörfern“ könne unter dieser Maßgabe nicht stattfinden.

Herr Landrat Ambrosy erläutert, dass die Aufnahme der Windkraft durch Hinweis des Landes Niedersachsen erforderlich war. Diese wurde nach Abstimmung mit den Kommunen 1:1 übernommen und somit wurde hierbei die Planungshoheit der Kommunen nicht eingeschränkt. Bei der Siedlungsstrukturentwicklung gehe es entgegen der vorangegangenen Kritik darum die Infrastruktur im ländlichen Raum angesichts der Demografie zu stärken, weiterzuentwickeln und zu schützen. Hierzu wurde aufgrund der Stellungnahmen der Städte und Gemeinden ein auf sie individualisierter und auf ihre Gespräche sowie Vereinbarungen abgestimmter Abwägungsvorschlag ihrer Stellungnahmen in das RROP aufgenommen (da wo Einigungen sowie Stellungnahmen vorgelegen haben). Der Landkreis Friesland wolle mit dem RROP keine Beschränkung von Hoheitsrechten der Kommunen vornehmen, sondern ihre Rechtsplanung absichern, um somit prosperierende Städte und Gemeinde zu ermöglichen.

Sein Dank richte er ausdrücklich an die hierbei mitwirkenden Kolleginnen und Kollegen der Kreisverwaltung für ihre unermüdliche Arbeit an diesem RROP.

Herr KTA Tammen teilt seine knappe Zustimmung seitens Bündnis 90/Die Grünen zum RROP mit, da dies für ihn und seine Partei nach den Nachverhandlungen einen tragbaren Kompromiss darstelle.

Beschluss:

1. Den aus den Abwägungssynopsen zum RROP Entwurf 2020 (2. Beteiligungsverfahren) und zum RROP-Entwurf 2019 (1. Beteiligungsverfahren) und der Ergebnisdokumentation für den Erörterungstermin am 03.07.2019 resultierenden Abwägungsvorschlägen wird zugestimmt.
2. Das Regionale Raumordnungsprogramm für den Landkreis Friesland 2020 mit der beschreibenden und zeichnerischen Darstellung einschließlich der im Rahmen der Abwägung vorgenommenen Änderungen der zeichnerischen und beschreibenden Darstellung sowie der Begründung werden gemäß § 5 Abs. 5 NROG als Satzung beschlossen (siehe Anlage 1: Satzung über das Regionale Raumordnungsprogramm (RROP) 2020 für den Landkreis Friesland).
3. Die weiteren RROP-Unterlagen, insbesondere die Begründung mit Anhang und der Umweltbericht, die werden zustimmend zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja:	18
Nein:	17

= mehrheitlich zugestimmt

TOP 6.4.6 Ermächtigung des Kreisausschusses zur Vergabe von Bauleistungen für die Sanierung N-Trakt, Lothar-Meyer-Gymnasium Varel; hier: Kunststofffenster und Elektroarbeiten; Vorlage: 0903/2020

Beschluss:

Der Kreistag ermächtigt den Kreisausschuss, den Auftrag für die Alu-Fassadenelemente und die Elektroarbeiten an den jeweils wirtschaftlichsten Anbieter zu vergeben.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

Ehem. TOP 6.4.7 (von der TO abgesetzt):

Resolution zum Thema "Zukunft der Landwirtschaft" (UmwA 18.02.); zzgl. Resonanz aus den Fraktionen und Gruppen zum Ergänzungsvorschlag der CDU-Fraktion und Beschlussempfehlung (KA 26.02.); Vorlage: 0875/2020

Der TOP ist zu Beginn bei Feststellung der Tagesordnung einstimmig von der Tagesordnung abgesetzt worden.

TOP 6.4.7 Letter of Intent des Landkreises Friesland: "Unsere Region braucht einen Bürgerfunk Radio Jade"; Vorlage: 0904/2020

Beschluss:

Der Verabschiedung des Letter of Intent zur Arbeit und Fortsetzung der Lizenzierung des Bürgerfunks von Radio Jade wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

TOP 6.4.8 Ausschreibung Taxi- und Mietwagenbeförderung im Landkreis Friesland für die Schuljahre 2020/2021 bis 2022/2023; hier: Ermächtigung des Kreisausschusses (13.05.2020); Vorlage: 0907/2020

Beschluss:

Der Kreisausschuss wird ermächtigt über die Zuschlagserteilung zu beschließen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**TOP
6.4.9 Wahl 2020 des Jugendparlamentes Friesland; Berufung der Wahlleitung; Vorlage: 0908/2020**

Beschluss:

Frau Vogelbusch, Erste Kreisrätin des Landkreises Friesland, wird zur Wahlleiterin und Frau Renken, Leiterin des Fachbereiches Jugend, Familie, Schule und Kultur, zur stellvertretenden Wahlleiterin für die Wahl des Jugendparlamentes Friesland 2020 berufen.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**TOP
6.4.10 Geschäftsordnung des Kreistages; Redaktionelle Änderung des § 5 Abs. 3; Vorlage: 0906/2020**

Beschluss:

Der in § 5 Abs. 3 redaktionell geänderten Geschäftsordnung wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

**TOP
6.4.11 Umsetzung des Digitalen Klassenzimmers bzw. des DigitalPaktes an den Schulen des Landkreises Friesland; hier: Ermächtigung des Kreisausschusses zu Auftragserteilungen nach Ausschreibung von Leistungen; Vorlage: 0911/2020**

Frau KTA Sudholz teilt für die CDU-Fraktion mit, dass diese dem DigitalPakt zustimmen werde, weil dadurch unter anderem die vorliegende Bildungsbenachteiligung abgebaut und insbesondere Integration und Lerninhalte gefördert werden würden, so wie es bereits letztes Jahr im Kreistag besprochen worden sei. Sie äußert die Bitte, zwei Fragen diesbezüglich zu erörtern. Zum einen die Frage zum Gesamtbudget, ob hier nach einem Verteilungsschlüssel vorgegangen werde (Pro Kopf/pro Schule) und zum anderen, ob bei dem Breitbandausbau pro Klassenzimmer eine Leistung von mind. 30 Mbit/s gewährleistet sei? In diesem Zusammenhang bitte sie auch um Konkretisierung der vorliegenden Ausführungen, was „bedarfsorientierte Bandbreite pro Schule“ bedeute. Zudem sei wichtig, dass die Schulkonzepte für den DigitalPakt Berücksichtigung fänden, damit ein adäquates Lernen für die Schülerinnen und Schüler stattfinden könne.

Frau EKRIin Vogelbusch bezieht Stellung zu den Fragen. Der Zuschuss sei seitens des Landes Niedersachsen nach einem Verteilschlüssel bzw. nach den Schüler- und Schulzahlen an die Landkreise und kreisfreien Städte mit dem ausdrücklichen Hinweis verteilt worden, dass der Zuschuss für das Gesamtkonzept der Städte und Gemeinden zu verwenden sei und somit nicht den einzelnen Schulen zur Verfügung gestellt werden solle. Dies sei im Schulausschuss des Landkreistages eingehend vertieft worden, so dass eine Ungleichbehandlung der noch im Bedarf des Breitbandausbaus stehenden Schulen gegenüber bereits gut ausgestatteter Schulen vermieden werde. Bis zum Sommer sei geplant, dass alle weiterführenden Schulen über einen

Glasfaseranschluss verfügen werden. Zudem sei aufgrund der Höhe der Auftragssumme noch eine europaweite Ausschreibung des WLAN-Anbieters erforderlich. Die Klassenräume sollen jedoch nicht nur mit Internet über WLAN ausgestattet sein, sondern mit den entsprechenden Internetleitungen. Bei der Breitbandversorgung mit 30 Mbit/s müsse je nach Schulform unterschieden werden, da die BBS'en (insbesondere im Bereich der Informatik-Schüler) einen höheren Bedarf an Internetleistung haben könnten als die Grundschulen. Für den Antrag zum DigitalPakt sei das Konzept der Schulen noch nicht maßgeblich gewesen und die wenigsten der weiterführenden Schulen hätten bereits ein Konzept erstellt. Frau EKRIin Vogelbusch bringe dies zusammen mit dem Kreismedienzentrum Varel/Friesland und der Bildungsregion weiter voran. Die Schulkonzepte würden dann entsprechend berücksichtigt werden, jedoch sei hierbei grundsätzlich erforderlich, dass als Bedingung von allen eine einheitliche Wartung und Betreuung bei der Konzipierung beachtet werde, so wie es der Kreistag dem „Roten Faden“ entsprechend beschlossen habe.

Herr Landrat Ambrosy weist insbesondere daraufhin, dass der Landkreis Friesland allen Schulen insgesamt mehr als 10 Mio. Euro für die Digitalisierung zukommen lasse. Alleine die 4 Mio. Euro aus dem DigitalPakt würden hierbei bei weitem nicht ausreichen. Somit sei sichergestellt, dass alle Schulen über den DigitalPakt hinaus ausgestattet werden würden. Es müsse lediglich eine Differenzierung bei den erforderlichen Breitbandanschlüssen geben, um nicht unnötige Kosten für Internetleistung zu verursachen, die nicht benötigt würde. Mit der Legung des Glasfaserkabels direkt an die Gebäude sei die größtmögliche Infrastruktur bei den Schulen gewährleistet. Aufgrund der aktuellen Situation, bedingt durch die Corona-Krise, habe der Vertragspartner EWE die geplanten Infoveranstaltungen abgesagt. Hierdurch würde das Ausbaukonzept etwas umgestaltet werden, was für die Schulen bedeute, dass sie nach Möglichkeit früher als geplant vom Breitbandausbau profitieren werden.

Frau KTA Sudholz stimmt den Ausführungen von EKRIin Vogelbusch zu, dass die BBS'en einen höheren Bedarf an schnellem Internet haben würden als die Grundschulen. Ihr sei hierbei nur wichtig, dass die Leistung entsprechend der Bedarfe der Schulen ausbau- bzw. anpassungsfähig sei, falls sich die Bedarfe ändern würden.

Frau EKRIin Vogelbusch versichert, dass ein solcher Glasfaseranschluss am Gebäude das Maximum an Bandbreite ermöglichen würde und Herr Landrat Ambrosy ergänzt, dass dem Bedarf an Bandbreite, den die Schulen selber vorgeben, auch möglichst entsprochen werde.

Beschluss:

Der Kreisausschuss wird im Rahmen der Umsetzung des DigitalPakts/Digitalen Klassenzimmers zur Vergabe von Aufträgen gem. Ziffer 2 der „Richtlinie über die Gewährung von Zuwendungen zur Verbesserung der IT-Infrastruktur und der IT-Ausstattung in Schulen“ für die Schulen in der Trägerschaft des Landkreises Friesland ermächtigt.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

TOP 6.5 - aus dem Kreisausschuss vom 18. März 2020

TOP 6.5.1 Wertgrenzen für die Vergabe von Aufträgen über Lieferungen und Leistungen; Vorlage: 0912/2020

Herr Landrat Ambrosy erläutert die Regelungen zu den Wertgrenzen für Vergaben von Aufträgen über Lieferungen und Leistungen, wobei diese Regelungen zeitlich bis zum nächsten Kreistag befristet sein werden.

Beschluss mit Ergänzung:

Die Wertgrenze, bis zu der der Landrat Aufträge über Lieferungen und Leistungen vergeben kann, wird auf 500.000 Euro festgesetzt. Für darüber hinausgehende Aufträge ist der Kreisausschuss zuständig.

Zusatz: Diese Regelung ist befristet bis zur nächsten stattfindenden Kreistagssitzung

Abstimmungsergebnis:

einstimmig bei 1 Enthaltung

TOP 6.5.2 Anhebung der Unerheblichkeitsgrenze für über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen; Vorlage: 0913/2020

Beschluss:

Die Wertgrenze, bis zu der über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen als unerheblich gelten, wird auf 50.000 Euro festgesetzt.

Kreisausschuss und Kreistag werden über die über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen mit der Vorlage des Jahresabschlusses unterrichtet (§ 117 Abs. 1 Satz 2 NKomVG).

Ergänzung: Diese Regelung ist befristet bis zur nächsten stattfindenden Kreistagssitzung.

Abstimmungsergebnis:

einstimmig

TOP 7 Bericht über wichtige Beschlüsse des Kreisausschusses
- Keine -

TOP 8 Anfragen zu den öffentlichen Punkten der Kreistagsausschüsse

TOP 8.1 Ausschuss für Arbeit und Soziales vom 10. Februar

TOP 8.2 Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus, Kreisentwicklung und Finanzen vom 17. Februar

TOP 8.3 Ausschuss für Umwelt, Abfall und Landwirtschaft vom 18. Februar

TOP 8.4 Jugendhilfeausschuss vom 27. Februar

TOP 8.5 Ausschuss für Bauen, Feuerschutz und Mobilität vom 10. März

TOP 8.6 Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus, Kreisentwicklung und Finanzen vom 11. März (RROP)

TOP 8.7 Ausschuss für Schule, Sport und Kultur vom 12. März

- TOP 8.1 - 8.7 keine Fragen und Anregungen -

TOP 9 Informationen aus dem Jugendparlament

- Keine -

TOP 10 Mitteilungen des Landrates

- Keine -

TOP 11 Anträge der Fraktionen, Gruppen und Kreistagsabgeordneten

- Keine -

TOP 12 Anfragen nach § 11 der Geschäftsordnung

- Keine -

TOP 13 Anregungen und Beschwerden

- Keine -

gez. Bernd Pauluschke
Kreistagsvorsitzender

gez. Sven Ambrosy
Landrat

gez. Britta de Vries
Protokollführerin